

sogenannte „silver economy“ in Griechenland ankurbeln.¹² Andererseits könnte eine steuerbegünstigte Zuwanderung in die Region auf eine durchaus zu erwartende weitere Abwanderung treffen, die im Zusammenhang mit den negativen wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pan-

demie in Südosteuropa bereits von Expertinnen und Experten thematisiert wird.¹³ Das Thema der komplexen Migrationsprozesse aus, durch und nach Südosteuropa bleibt somit auch in der kommenden Dekade des 21. Jahrhunderts hochaktuell.

- 12 Handelsblatt, Griechenland wirbt mit Steuerflattrate um Rentner, 4.8.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/silver-economy-griechenland-wirbt-mit-steuerflattrate-um-rentner/26000358.html?ticket=ST-19830986-oqzZi7za1yu1ieB1FA93-ap5>
- 13 Vgl. *Claudia Lastro*, Bericht zum Online-Fachgespräch der SOG über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf dem Westbalkan, in: Südosteuropa Mitteilungen 1–2 / 2020, S. 121–126.

Online-Fachgespräche zur Corona-Krise in Ostmittel- und Südosteuropa – Teil II

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Rumänien

Südosteuropa-Gesellschaft, 25. April 2020
Bericht von Christian Hagemann, München

*Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ostmittel- und Südosteuropa waren Gegenstand von insgesamt drei Online-Fachgesprächen der Südosteuropa-Gesellschaft im April und Mai 2020. Die beiden Geschäftsführer der Gesellschaft, Dr. Hansjörg Brey und Dr. Christian Hagemann, luden jeweils zusammen mit dem Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Manuel Sarrazin, MdB, drei bis fünf Experten ein, online mit ihnen spezifischen Fragestellungen zu den Dimensionen, dem Umgang mit und den Auswirkungen der Corona-Pandemie in verschiedenen Teilregionen Südosteuropas nachzugehen. Als Zuhörer*innen und jeweils am Ende der 90-minütigen Fachgespräche auch als Mitdiskutant*innen und Fragestellende nahmen bis zu 100 Interessierte teil.*

Im Online-Fachgespräch Teil I am 6. April 2020 ging es um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in den Ländern des westlichen Balkans; am 25. April 2020 in Teil II um die Länder Ungarn, die Slowakei, Slowenien und Rumänien (Bericht hier folgend). Am 11. Mai 2020 in Teil III ging es um die Auswirkungen der Pandemie in Griechenland, der Türkei und Zypern. Alle On-

line-Fachgespräche sind auf Youtube nachzuvollziehen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zqso> (Anm. d. Red.).

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ungarn, der Slowakei, Slowenien und Rumänien waren Gegenstand des digitalen Fachgespräches mit Expertinnen und Experten für die Region Südosteuropa am 25. April 2020. Moderiert wurde das Gespräch von Dr. Hansjörg Brey und Dr. Christian Hagemann, den Geschäftsführern der Südosteuropa-Gesellschaft. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Manuel Sarrazin, MdB, präsentierte Christian Hagemann die aktuellen Zahlen zu Tests, Infektionen sowie Todesfällen in den vier zu diskutierenden Ländern.

Hansjörg Brey leitete daraufhin die drei Fragestunden mit den fünf eingeladenen Expertinnen und Experten. Dies waren Prof. Dr. Dr. h. c. Herbert Küpper, Geschäftsführer des Instituts für Ostrecht München e. V.; Dr. Gregor Mayer, Südosteuropa-Korrespondent, Deutsche Presseagentur, Belgrad / Budapest; Monika Profantová, Reiseleiterin und Landeskennerin aus Po-

prad / Slowakei; *Robert Schwartz*, Stellvertretender Leiter der Europa-Redaktion der Deutschen Welle, Bonn / Berlin sowie *Keno Verseck*, Freier Journalist und Autor, Berlin.

Erste Fragerunde: Voraussetzungen und Strategien zur Pandemiebekämpfung

Hierzu stellte *Hansjörg Brey* eine Reihe von Fragen: Wie verlässlich sind die Zahlen zu Corona-Erkrankungen, und wie sind die Gesundheitssysteme in den Ländern vorbereitet? Wie steht es um ihre Krisen-Resilienz: Ist die Ausstattung mit Fachpersonal und Intensivbetten ausreichend? Welche Schritte wurden zur Eindämmung der Pandemie eingeleitet, und wie effizient sind sie? Wann erwartet man den Höhepunkt der Pandemie in den Ländern? Was gibt es für Ansätze für eine Exitstrategie? Welche Bevölkerungsgruppen bezogen auf das Alter, aber auch welche Minderheiten wie Roma sind besonders von der Pandemie betroffen?

Herbert Küpper berichtete, dass die Faktenbasis aufgrund der geringen Testzahlen in Ungarn ebenso dünn sei wie in Deutschland. Die Möglichkeit, diese Länder auf Basis einer Standardisierung der Daten nach Millionen Einwohnern zu vergleichen, stellte er infrage, da unklar sei, wie viele Einwohner sich in Ungarn befänden und wie viele ausgewandert seien, ohne sich abzumelden – die Daten seien daher aus der Entfernung schwierig zu beurteilen. Zur Krisen-Resilienz merkte *Küpper* an, dass das ungarische Gesundheitssystem unter- und fehlfinanziert sei: Neben einem Mangel an Investitionen in Krankenhäuser über Jahrzehnte fehle wichtiges Fachpersonal, da dieses es oft ausgewandert sei. Dies mache die Versorgung – vor allem auf dem Land – sehr schwierig.

Während *Küpper* die meisten Maßnahmen der ungarischen Regierung mit den in Deutschland und Österreich getroffenen Vorkehrungen vergleichbar sah, sei der Unterschied, dass sie in Ungarn mit einer besonderen Form des Notstands, der sogenannten „Gefahrenlage“ verbunden worden seien. Dies sei im Einklang mit der ungarischen Verfassung und somit rechtlich möglich und eröffne der Regierung ein Handeln auf Basis von Verordnungen. Gleichzeitig sei es aber als problematisch zu bewerten, dass laut Verfassung dieser Zustand nur von der Regie-

rung selbst wieder aufgehoben werden könne, also niemand die Regierung an einer Fortführung des Zustands über die Pandemie hinaus hindern könne.

Küpper betonte hier ausdrücklich, dass er die Wahrscheinlichkeit eines daraus folgenden Problems für gering halte. Da Regierungschef Viktor Orbán ohnehin über eine deutliche Zweidrittelmehrheit im Parlament verfüge, sei er nicht auf ein Durchregieren auf dieser Basis angewiesen. Zudem sei auch zu konstatieren, dass die ungarische Regierung durch den Notstand keine Befugnisse habe, über welche beispielsweise die französische Regierung nicht schon zu normalen Zeiten verfüge. Insgesamt lägen aus seiner Sicht die juristischen und demokratischen Probleme in Ungarn nicht in der Ausrufung der Gefahrenlage. Daneben betonte *Küpper* aber, dass möglicherweise neue Strafandrohungen für Journalisten, über die später noch zu sprechen sei, problematischer sein könnten.

Gregor Mayer ergänzte die Ausführungen *Küppers* zu Ungarn und berichtete anschließend über die Situation in Slowenien. Mayer kritisierte die Kommunikationspolitik der ungarischen Regierung, die teilweise durch Vertreter der Polizei durchgeführt werde. Gleichzeitig gäbe es eine Fokussierung der Regierung auf den Ministerpräsidenten als Krisen-Manager, was im Fall einer negativen Entwicklung auch zu Problemen für Viktor Orbán führen könnte. Die ungarischen Krankenhäuser seien in einem schlechten Zustand und Gebrauchsgüter wie Toilettenpapier oder ergänzende Nahrung seien häufig selbst mitzubringen.

Mit Bezug auf Slowenien berichtete *Mayer*, dass die anfangs hohen Infektionszahlen im Land schnell durch entschiedene Maßnahmen der Regierung unter Kontrolle gebracht worden seien. Auch wenn der Ministerpräsident Janez Janša erst kurz im Amt sei, habe dieser dennoch lange Krisen-Management-Erfahrung seit seiner Zeit als Verteidigungsminister während des slowenischen Unabhängigkeitskrieges.

Monika Profantová ergänzte, dass in der Slowakei die Lage – ähnlich wie in den Nachbarländern – von geringen Infektionszahlen und Todesfällen gekennzeichnet sei. Betroffen von To-

desfällen seien bisher vor allem Seniorenheime, auf die die Politik daher ein besonderes Augenmerk richte. Dank der entschlossenen Maßnahmen der ebenfalls neuen Regierung sei die Lage unter Kontrolle und Krankenhauskapazitäten so ausreichend vorhanden, dass über eine Rückkehr zum teilweisen Normalbetrieb diskutiert werde. Dies sei dadurch erreicht worden, dass sich die Bevölkerung ausgesprochen diszipliniert verhalte, was aber auch daran läge, dass niemand gerne in die Krankenhäuser des Landes wolle. Nach Kritik an einem fehlenden wirtschaftlichen Fokus des Krisen-Stabes sei nun ein Plan vorgelegt worden, der Lockerungen in verschiedenen Phasen vorsehe, deren Fortschreiten aber vom Sinken der Infektionszahlen abhängig sei.

Robert Schwartz sprach über die Lage in Rumänien. Er betonte, dass Rumänien ein besonders marodes und unterfinanziertes Gesundheitssystem habe, welches außerdem unter dem Fehlen von tausenden Ärzten und Pflegekräften leide. Auch in Rumänien sei der Notstand ausgerufen worden, der alle 30 Tage verlängert werden müsse. Besondere Infektions-Hotspots im Land seien eine Klinik in Suceava (Bukowina) und soziale Brennpunkt-Viertel in Țândărei (Südrumänien), die unter Militärverwaltung gestellt worden seien, beziehungsweise wo die Polizei die staatlichen Vorgaben teilweise durch harsches Eingreifen durchgesetzt habe. Gerade in sozialen Brennpunkt-Vierteln räche sich nun, dass über Jahrzehnte nicht in ihre Entwicklung investiert worden sei. Zusätzlich problematisch habe sich die Rückkehr von hunderttausenden Arbeitsmigrantinnen und -migranten nach Rumänien entwickelt, deren Registrierung und Abfertigung unter entsprechenden Hygienebedingungen oft nicht oder nicht schnell genug möglich gewesen sei und zu Überforderung an den Grenzen geführt hätte.

Keno Verseck unterstrich in seiner Einlassung, dass er für die These, die Welt werde nach der Corona-Krise eine andere sein, derzeit kaum Belege sähe. Vielmehr habe die Krise dazu geführt, dass die nationalen Charakteristika der Entwicklung der Länder der Region noch stärker zutage träten: Der Autoritarismus in Ungarn, die Instabilität und das chaotische Krisen-Management in Rumänien, die politische Polarisierung

und ein gewisser Autoritarismus auch in Slowenien. In der Slowakei werde derzeit diskutiert, ob das Krisen-Management zu sehr auf Ministerpräsident Igor Matovič konzentriert sei, der immer noch als eine Art Aktivist auftrete. Gleichzeitig gäbe es Unstimmigkeiten mit Koalitionspartner und Wirtschaftsminister Richard Sulík, der für eine besonders schnelle Wiederöffnung des Landes plädiere. Die Diskussion im Land über Korruption im Gesundheitswesen habe sich durch die Krise weiter verschärft.

Verseck berichtete zudem ergänzend zu Ungarn, dass bisher besonders die Entlassung von hunderten schwerkranken Nicht-Covid-Patienten aus den Krankenhäusern für Proteste gesorgt habe. In Bezug auf die Roma ginge es in Ungarn nicht so sehr um Diskriminierung, sondern eher um ihre schwerwiegenden ökonomischen Probleme, die aus dem Verlust ihrer Jobs als Tagelöhner und ähnlicher ungesicherter Tätigkeiten resultierte. Im Gegensatz zu Herbert Kupper betonte Verseck, dass er die Situation genau andersherum bewerte als dieser: Während die Gefahrenlage sehr kritisch zu beurteilen sei, seien die neuen Strafgesetz-Bestimmungen für Journalisten weniger gravierend, da sie auf die aktuelle Situation beschränkt seien. Es sei zudem bemerkenswert, dass weder der Gesundheitsminister noch die zuständige Staatssekretärin in Ungarn in der aktuellen Situation Präsenz zeigten.

Schlussendlich berichtete *Verseck* noch zu Rumänien, dass sich das im Land oft zu beobachtende politische Chaos und die Instabilität verstärkt hätten. Es habe einen Rücktritt des Gesundheitsministers gegeben, und der Leiter des Gesundheitsstabes sei entlassen worden. Die bereits erwähnten Rückkehrenden aus dem Ausland seien nie daraufhin überprüft worden, ob sie ihre Quarantäneauflagen eingehalten hätten.

Zweite Fragerunde: Wirtschaftliche und soziale Folgen der Pandemie, politische Strategien

In dieser Runde fragte *Hansjörg Brey* nach den Auswirkungen auf Industrie und Gewerbe sowie Fremdenverkehr. Einige der betrachteten Länder sind stark exportorientiert und abhängig von einzelnen Großunternehmen: Was machen die Regierungen in diesem Bereich? Welche Rolle

spielt Kurzarbeit und welche Rolle spielt Hilfe von außen, beispielsweise aus China? Nach einer Hilfsmaßnahme fragte Brey ganz konkret: Ungarn habe von der EU laut Berichten 5,6 Milliarden Euro erhalten – was habe es damit auf sich?

Die zweite Runde wurde erneut von *Herbert Küpper* begonnen. Er berichtete, dass in Ungarn die Wirtschaftsmaßnahmen ähnlich aussähen wie in Deutschland und auf Instrumente wie die Stützung bestimmter Branchen, Stundung von Steuern sowie vertragliche Leistungen und ähnliches zurückgegriffen werde. Problematisch seien nur Einzelmaßnahmen wie die Begrenzung der Einkaufszeiten für Rentner von 9–12 Uhr, was de facto alle Nicht-Rentner von den nur bis mittags geöffneten Märkten ausschließe. Rentner und Ältere seien nicht zuletzt deshalb aktuell im Fokus der Politik, da diese ein Hauptwähler-Reservoir für die regierende Fidesz-Partei darstellten. Als Helfer von außen werde derzeit vor allem China diskutiert, während die EU-Unterstützung in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen und daher oft negativ bewertet werde.

Keno Verseck hob hervor, dass im deutschsprachigen Medienraum bisher untergegangen sei, dass die Orbán-Regierung derzeit nicht nur die üblichen Seitenhiebe gegen die EU verteile, sondern dass eine regelrechte Kampagne gegen die EU laufe, deren Fokus die angeblich fehlende Hilfe aus Brüssel sei. Verseck sah darin im Extremfall eine Art Stimmungstest für einen möglichen EU-Austritt des Landes.

Monika Profantová berichtete über die slowakische Wirtschaft, dass diese stark von Exporten und der Automobil-Produktion abhängt. Während die Werke des koreanischen Herstellers Kia als erste wiedereröffnet worden seien, hätte Volkswagen erst später nachgezogen. Französische und englische Werke hätten noch immer keinen Wiedereröffnungstermin (*Stand April 2020, Anm. d. Red.*). Problematisch stelle sich oft das Fehlen von Teilen dar, welche normalerweise von Zulieferern aus dem Ausland geliefert würden. Insofern sei das Drängen auf Wiederöffnung des Landes und vor allem der Produktion von Minister Sulík nicht nur eine innerslowakische Frage.

Wichtig sei derzeit die Debatte um die finanzielle Absicherung von Familien mit Kindern, die aktuell keine Betreuungsangebote nutzen könnten und zudem auf die Hälfte ihres Lohnes verzichten müssten. In Bezug auf die Benotung von Abschluss-Jahrgängen an Schulen habe man als Lösung gewählt, die Durchschnittsnoten der letzten Jahre als Abschlussnote zu benutzen, denn eine Rückkehr dieser Jahrgänge in den Unterricht sei bereits ausgeschlossen worden.

Robert Schwartz ergänzte zu Rumänien, dass auch hier mehrere hunderttausend Menschen in der Automobil-Zulieferindustrie tätig seien und dass die Deutsch-Rumänische Handelskammer hier das Modell der Kurzarbeit vorgeschlagen habe. Die Regierung stelle bisher 30 Milliarden Euro (2 % des BIP) an Unterstützungsgeldern bereit und rechne vorübergehend mit einer Million Arbeitslosen. Kritisch diskutiert würden auch die Arbeitsbedingungen vieler Erntehelfer aus Rumänien in Deutschland, wobei selbst einige Landwirte aus Deutschland die „schwarzen Schafe“ unter ihren Kollegen kritisierten.

Gregor Mayer betonte, dass in Ungarn sogar eigentlich regierungstreue Unternehmer-Verbände die Maßnahmen der Regierung kritisierten, weil die an die Zahlung von Hilfgeldern geknüpften Bedingungen kaum erfüllt werden könnten. Die Unternehmen seien insgesamt nicht besonders krisen-resilient. Die Zahl von Arbeitslosen läge inoffiziellen Schätzungen zufolge jetzt schon bei 320.000 Personen.

Dritte Fragerunde: Die langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Hierzu fragte *Hansjörg Brey*, ob die Krise autoritärer und populistischer Regierungsführung einen Schub gibt und ob die Meinungsfreiheit in einzelnen Ländern weiter eingeschränkt werde? Wie sieht es aus mit den Folgen auf die Spaltungen in den Gesellschaften? Wird es zu einer weiteren Ausgrenzung von Roma *führen*? Und wie wird sich die Stellung der Länder in Europa *ändern*?

Herbert Küpper unterstrich noch einmal, dass die demokratie-politischen Probleme in Ungarn

mit der Pandemie und den daraus folgenden Maßnahmen der Regierung nichts zu tun hätten. Krisen-Zeiten seien immer auch Zeiten der Exekutive, und das System aus Zweidrittel-Mehrheit in Kombination mit nicht funktionierenden *Checks-and-Balances* habe es schon vorher gegeben. Ebenso sei die von Anderen bereits genannte Zentralisierung der Regierungskommunikation ein Merkmal Ungarns seit 2010.

Alle Merkmale der aktuellen Situation und vor allem die Zentralisierung der Macht beim Ministerpräsidenten seien schon vorher dagewesen, träten jetzt nur deutlicher zu Tage. Küpper bestätigte die vorher geäußerte Erwartung, dass sich eine erfolglose Pandemiebekämpfung aufgrund dieser Merkmale ungarischer Politik negativ auf die Beliebtheit Viktor Orbáns auswirken könnte. Die Gefahr eines EU-Austritts sähe er aber in keiner Weise, da das sich im Entstehen befindende „Feudalsystem“ im Land vor allem durch EU-Gelder finanziert würde, auf die man daher angewiesen sei.

Monika Profantová ergänzte für die neue slowakische Regierung, dass diese als Korruptions-Bekämpferin angetreten, nun aber in die Rolle der Pandemie-Bekämpferin gezwungen worden sei. Derzeit gäbe es keine Tendenz zum Machtmissbrauch, und selbst die Pläne zur Nutzung von Handydaten zur Pandemie-Bekämpfung seien durch das Parlament stark eingeschränkt worden. Parallel zur Krise bereite die Regierung aber dennoch eine große Justizreform vor, welche einen Generationen-Wechsel an slowakischen Gerichten einläuten und die dort verbreitete Korruption bekämpfen soll. Es zahle sich jetzt in gewisser Weise aus, dass die gerade abgelöste Smer-Regierung die Nutzung von EU-Geldern stark vernachlässigt habe, da diese nun für Investitionen weiter zur Verfügung stünden. Trotz dieser eher optimistischen Einschätzung ergänzte Profantová, dass selbst in der Slowakei das Bild der EU in der Krise relativ negativ sei, wohingegen China als Helfer wahrgenommen würde.

Robert Schwartz berichtete von einem gestiegenen Militarismus der rumänischen Regierung, welcher sich neben martialischen Auftritten des Innenministers auch in sehr robusten Einsätzen

der Polizei manifestiere. Maßnahmen gegen Medien, die Verschwörungstheorien und Hassbotschaften verbreiteten, begrüßte Schwartz allerdings eindeutig, da es sich bei diesen nicht um eine unzulässige Beschränkung der Medienfreiheit handele.

Gregor Mayer konstatierte in seinem Beitrag in Abgrenzung zur Einschätzung Küppers, dass nach der Pandemie die Schäden an der Demokratie in Ungarn noch größer sein würden. Ungarn sei bereits vor der Krise von Politikwissenschaftlern als sogenanntes „Hybrides Regime“, also als System in der Grauzone zwischen Demokratie und autoritärem System, klassifiziert worden. Heute sei es nicht mehr wirklich denkbar, so Mayer, dass Viktor Orbán durch normale Wahlen abgelöst werden könne – eine Einschätzung, die laut einer Umfrage auch 40 Prozent der Anhänger von Orbáns Fidesz-Partei teilten. Mayer ergänzte daraufhin eine weitere noch nicht geäußerte Einschätzung der Rolle des Ausnahmezustands in Ungarn: Das Ermächtigungsgesetz sei eine weitere Option, die der Ministerpräsident ziehen könne, sollte es zu einer für ihn unvorteilhaften Entwicklung kommen, beispielsweise einer Spaltung seiner Partei oder einem Wegbrechen wichtiger Unterstützer aus der Wirtschaft. Somit habe er auch eine Absicherung für den Fall, dass er als Krisen-Manager versage.

Keno Verseck ergänzte in dieser dritten Frageunde die Statements der anderen Diskutierenden wieder mit Eindrücken aus allen vier Ländern. In der Slowakei sah Verseck zwar eine rechts-nationalistische Regierung an der Macht, aber dennoch keine Gefahr einer Schwächung der Demokratie wie in Ungarn. Die jetzige Koalition sei jedoch das Resultat einer Protestwahl gewesen, was mit der Gefahr einer weiteren Erschütterung des politischen Vertrauens in der Gesellschaft einherginge, sollte sie jetzt versagen, wodurch beispielsweise die Neofaschisten weiteren Zulauf bekommen könnten.

Im Hinblick auf Ungarn widersprach Verseck erneut der Einschätzung Küppers, dass die Krisenmaßnahmen kein Bruch zum vorherigen *Status quo* seien – es sei vielmehr ein weiterer Schritt in die gleiche Richtung. Ministerpräsident Orbán habe seine neue Macht bereits da-

zu benutzt, die Parteien-Finanzierung zu kürzen, Wirtschaftsunternehmen unter Militärführung zu stellen und Gemeinden, in denen oppositionelle Bürgermeister regierten, das Budget zu kürzen. Er erwarte nicht, dass das Gesetz mit dem Ende der Pandemie zurückgenommen werde, da dies in der sogenannten Migrationsgefahrenlage auch nicht geschehen sei, die trotz fehlendem Migrationsdruck bereits seit fünf Jahren ununterbrochen in Kraft sei.

In Slowenien, so *Verseck*, würde Janez Janša erneut stark polarisieren und Themen wie die Grenzsicherung zu Kroatien in den Fokus stellen. Gegenüber Roma in Rumänien gebe es wiederum viel Rassismus in sozialen Netzwerken, obwohl die Probleme eigentlich im sozial-ökonomischen Bereich zu suchen seien, der von keiner Regierung bisher ausreichend adressiert worden sei. Ohne massives Investment in Sozialarbeit sähe er keine Perspektive für eine Verbesserung der Situation dieser Gruppe.

Nach der dritten Fragerunde wurde das Gespräch für die Fragen der Zuschauerinnen und Zuschauer geöffnet. Diese konnten ihre Fragen während der gesamten Debatte schriftlich einreichen oder sich über eine Zuschaltung auch mündlich zu Wort melden. Zunächst wurde dabei dem Botschafter Ungarns in Berlin, *Dr. Péter Györkös*, die Möglichkeit gegeben, sich in die Debatte einzubringen.

Györkös beschwerte sich über den allgemeinen Grundton, den er in der Debatte wahrgenommen habe, und unterstrich, dass er einige Fakten klären wolle. Die Vize-Präsidentin der EU-Kommission habe sich klar geäußert, dass das ungarische Notstandsgesetz nicht gegen europäisches Recht verstoße. Die Tonlage, die gegenüber dem ungarischen Parlament in deutschen Medien angeschlagen werde, sei höchst gefährlich, vor allem wenn man in Betracht ziehe, dass dieses in den letzten Wochen öfter getagt hat als das Europäische Parlament und der Bundestag zusammen. Die neuen Straftatbestände hätten aus seiner Sicht keinen Einfluss auf die weiterhin kritische Berichterstattung der ungarischen regierungskritischen Medien gehabt.

Geld sei tatsächlich aus den Kommunen abgezogen (3 % des Haushalts) und in einen Corona-

Fonds umgeleitet worden. Während er zu mehr Details über die ungarische Exit-Strategie aus den Corona-Maßnahmen auf die Informationen seiner Regierung verwies, legte er für den ökonomischen Ausblick des Landes die Lektüre der IWF-Prognose nahe. *Györkös* unterstrich, dass das Militär lediglich zur Unterstützung in Unternehmen eingesetzt werde, ähnlich wie die Bundeswehr in Deutschland auch. Die Berichte über milliardenschwere Zahlungen der EU an Ungarn seien auf einen fehlerhaften Bericht des Spiegel zurückzuführen, es handle sich dabei lediglich um eine Flexibilisierung bestehender Mittel, was auch von Vize-Kommissionspräsident Timmermans bestätigt worden sei.

Den Schutz der älteren Bevölkerung als parteipolitisch-motivierte Maßnahme umzudeuten wies *Györkös* scharf zurück. Zudem sei er enttäuscht, dass das ungarische Hilfsengagement in den Nachbarstaaten und auf dem Westbalkan bisher kaum auf Interesse in den deutschen Medien gestoßen sei, wobei *Robert Schwartz* auf einen Bericht dazu in der Deutschen Welle verwies. Zum Abschluss verwies der Botschafter auf den ungarischen Roma-Plan, der 2011 in der EU positiv rezipiert worden sei und bei dem noch abgewartet werden müsse, ob er seine Ziele erreichen könne.

Letzte Fragerunde: Publikumsfragen

Christian Hagemann gab die im Verlauf der Veranstaltung gesammelten Fragen an die Diskutierenden weiter. Sie bezogen sich auf die Lage in den Gesundheitssystemen und warum diese nach so vielen Jahren noch immer desaströs sei. Zur Slowakei wurde gefragt, wie die Praxis bewertet wird, dass Bürger ihre Quarantäne – angefangen bei der Verpflegung – teilweise selbst finanzieren *müssen*. Und warum vermuten die Diskutierenden, dass die Slowakei eine rechtspopulistische Regierung habe? Ist es zutreffend, dass schon erste Richter in Untersuchungshaft sitzen? Zu Rumänien wurde angemerkt, dass es in Rumänien seit 1989 einen Reformdiskurs gebe, die Krise jedoch zeige, dass nichts gemacht worden sei. „Neoliberale“ und „Antikommunisten“ hätten nur einen Abbau des Sozialstaates betrieben und keine Reformen durchgeführt, die aktuelle Regierung stehe für den Abbau des Bildungs- und Gesundheitssystems.

Robert Schwartz begann die Antwortrunde und machte deutlich, dass er im Gegensatz zum Fragesteller den Reformstau in Rumänien nicht an der aktuellen Regierung festmache. Auch die lange Zeit regierende PSD (Sozialdemokratische Partei) habe oft nur kosmetische Reformen durchgeführt. In Rumänien habe der ständige Konflikt zwischen Reformern und ihren Gegnern zu einer starken Polarisierung geführt, was glücklicherweise aber nicht in eine EU-feindliche Stimmung umgeschlagen sei.

Keno Verseck erläuterte seine Einschätzung, die Slowakei habe eine rechts-nationalistische Regierung mit der Ausrichtung der einzelnen Koalitionspartner. Während drei Koalitionspartner explizit rechte Parteien seien, sei es aber fraglich, ob angesichts ihrer schwachen Organisation überhaupt von Parteien gesprochen werden könne. Wahlsieger OĽaNO (Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti = Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen) habe kein echtes Programm und basiere vor allem auf der Person von Parteichef Igor Matovič. Minister Sulík von der SaS (Sloboda a Solidarita = Freiheit und Solidarität) bezeichne sich selbst als Nationalisten und Euroskeptiker. Schlussendlich sei die Partei Sme rodina (Wir sind eine Familie) von Boulevardmedien-Unternehmer Boris Kollár mit erzkonservativen Wertvorstellungen angetreten.

Alle diese Parteien seien nicht unbedingt demokratiefeindlich, aber teilweise sehr nationalistisch. An den ungarischen Botschafter gerichtet unterstrich *Verseck*, dass der ungarische Roma-Plan zu wenig in Sozialarbeit investiere und den Roma zwar in militaristischer Manier Jobs in kommunalen Arbeitsprogrammen gebe, diese aber nicht darauf abzielten, die Segregation als eigentliches Problem anzugehen. Zudem habe Ministerpräsident Orbán Anfang Januar dazu aufgerufen, trotz rechtsgültiger Gerichtsentcheidung keine Entschädigungen auszuzahlen, die Roma aufgrund von Schulsegregation zustünden. Damit wäre nicht nur Stimmung gegen Roma gemacht worden, sondern Orbán hätte sich damit, so *Verseck*, auch gegen ein Grundprinzip des Rechtsstaats gewandt. In eine ähnliche Richtung ginge eine ursprünglich geplante und jetzt zunächst abgesagte sogenannte „nationale Konsultation“ zum Thema.

Monika Profantová wendete sich gegen die Einschätzung *Versecks*, dass die aktuelle Regierung der Slowakei rechtsnationalistisch sei. Ihr Land sei bereits in der Vergangenheit von Nationalisten regiert worden, und dies sei etwas ganz anderes als heute gewesen. Die Regierung sei aber durchaus populistisch. Sie unterstrich, dass das Thema der Arbeitsmigration und Rückkehr betroffener Personen viele europäische Länder betreffe und daher auch auf EU-Ebene stärker behandelt werden sollte. Auf eine Zuschauerfrage hin ergänzte sie, dass die eigene Verpflegung tatsächlich von den Menschen in Quarantäne selbst gezahlt werden müsse, die Unterkunft aber kostenlos sei. Im Hinblick auf die Justizreform seien tatsächlich bereits elf Richter nach Entscheidung des Verfassungsgerichts in Haft gekommen, nachdem im Rahmen der Mordermittlungen im Fall Ján Kuciak belastendes Material gegen sie aufgetaucht sei, welches den Verdacht nahelegte, sie seien Teil eines kriminellen Netzwerks.

Gregor Mayer betonte im Hinblick auf Ungarn, dass seiner Meinung nach in den deutschen Medien zu wenig differenziert worden sei. Es handele sich bei der Parlaments-Entmachtung um ein Optionsgesetz. Auf die noch eingebrachte Frage, ob es Orbán nicht in die Hände spiele, wenn nur über dieses Gesetz anstelle der Mängel des ungarischen Gesundheitssystems berichtet würde, konstatierte Mayer, dass eine Berichterstattung über die Gesundheitssysteme anderer Länder in der Regel auf geringes Interesse stoße. Dies sei nur punktuell möglich, würde dann aber gemacht, wie die Berichterstattung zur Entlassung kranker Patienten zur Erhöhung der Corona-Kapazitäten zeige.

Herbert Küpper unterstrich in seinem Abschlusskommentar, dass das Ermächtigungsgesetz in Ungarn zwei juristische Schwachstellen habe: Neben der Rücknahme-Möglichkeit einzig durch die Regierung selbst sei dies das Medienstrafrecht, dessen Einfluss man schwierig ermesen könne, da sein Effekt nicht an Verurteilungen, sondern an präventiver Selbstzensur zu messen sei. Zudem gab er dem Botschafter darin Recht, dass eine Bewertung von außen und aus der Ferne immer auf einer schwierigeren Faktenbasis beruhe.

Zum Ende der Diskussion fasste *Manuel Sarrazin* die Ergebnisse der bisherigen zwei Webinare zusammen. In der ersten Runde zum Westbalkan sei festgestellt worden, dass es bisher durch die Pandemie keine neuen politischen Trends in der Region gäbe, sondern dass die Krise eher ein Katalysator für die bisherigen Trends von Nationalismus, autoritärem Regierungsstil, dem Fokus auf Führungspersönlichkeiten und dem Einfluss Chinas sei. In dieser Runde habe sich hingegen ein deutlich differenzierteres Bild gezeigt als beim letzten Mal: Der Umgang mit der Krise sei in der jetzt diskutierten Gruppe heterogener, die zukünftige Entwicklung sei in den Ländern aber dennoch offen.

Positiv zeige sich, dass in der Slowakei und in Rumänien die Zivilgesellschaft offenbar eine wichtigere Rolle im politischen System spiele als in den anderen Ländern. Es werde interessant sein zu sehen, ob die Krise ein Katalysator bleiben werde oder ob nicht gerade aus den wirtschaftlichen Folgen der Krise auch weitgehende politische Veränderungen folgen könnten. Wichtig sei es gerade im Hinblick auf die zentrale ökonomische Rolle Deutschlands für diese Länder, die Nachbarstaaten und gerade auch die Region Südosteuropa bei allen Exit-Planungen aus dem Krisen-Modus immer mitzudenken und in den eigenen Plänen zu berücksichtigen.

Online-Fachgespräche zur Corona-Krise in Ostmittel- und Südosteuropa – Teil III

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Griechenland, der Türkei und Zypern

Südosteuropa-Gesellschaft, 11. Mai 2020
Bericht von Wladimir Dirksen, München

*Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Ostmittel- und Südosteuropa waren Gegenstand von insgesamt drei Online-Fachgesprächen der Südosteuropa-Gesellschaft im April und Mai 2020. Die beiden Geschäftsführer der Gesellschaft, Dr. Hansjörg Brey und Dr. Christian Hagemann, luden jeweils zusammen mit dem Präsidenten der Südosteuropa-Gesellschaft, Manuel Sarrazin, MdB, drei bis fünf Experten ein, online mit ihnen spezifischen Fragestellungen zu den Dimensionen, dem Umgang mit und den Auswirkungen der Corona-Pandemie in verschiedenen Teilregionen Südosteuropas nachzugehen. Als Zuhörer*innen und jeweils am Ende der 90-minütigen Fachgespräche auch als Mitdiskutant*innen und Fragestellende nahmen bis zu 100 Interessierte teil.*

Im Online-Fachgespräch Teil I am 6. April 2020 ging es um die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in den Ländern des westlichen Balkans; am 25. April 2020 in Teil II um die Länder Ungarn, die Slowakei, Slowenien und Rumänien

(Bericht hier folgend). Am 11. Mai 2020 in Teil III ging es um die Auswirkungen der Pandemie in Griechenland, der Türkei und Zypern. Alle Online-Fachgespräche sind auf Youtube nachzuvollziehen und nachzuhören unter dem Link: <https://tinyurl.com/y7r8zqso> (Anm. d. Red.).

Die Online-Diskussionsrunde am 11.05.2020 war die dritte Veranstaltung der von der Südosteuropa-Gesellschaft organisierten Reihe. Über die Reaktionen der griechischen, türkischen und zyprischen Regierungen auf die Covid-19-Pandemie sowie die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Auswirkungen der Pandemie in den Ländern diskutierten Dr. *Jens Bastian*, unabhängiger Finanzanalyst und Wirtschaftsberater, Athen, und Prof. Dr. *Hubert Faustmann*, Historiker und Politikwissenschaftler an der Universität Nicosia und Leiter des dortigen Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie *Christiane Schlötzer*, Korrespondentin a. D. der Süddeutschen Zeitung für die Türkei, Griechenland und Zypern mit Wohnsitz in München und Istanbul.